

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 216. Ratssitzung vom 19. März 2014**

### **4818. 2013/151**

#### **Motion von Isabel Garcia (GLP) und Matthias Wiesmann (GLP) vom 17.04.2013: Einführung einer Jugendinitiative als Instrument für die Mitwirkung von Jugendlichen am politischen Prozess**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Isabel Garcia (GLP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3865/2013): Das Instrument Jugendinitiative soll offen sein für alle in der Stadt wohnhaften Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren, unabhängig von ihrer Nationalität. Die nachwachsenden Generationen sind die, die am längsten mit politischen Beschlüssen leben müssen, die heute getroffen werden. Die Jugendlichen sind zwar noch nicht wahlberechtigt, können aber schon tiefgreifende Entscheidungen treffen und sind sehr wohl fähig, gute Vorschläge vorzubringen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Martin Waser:** Der Vorstoss ist sympathisch, weil es richtig ist, dass man Jugendliche an das politische System heran führt. Doch leider erlaubt die jetzige gesetzliche Grundlage eine solche Einführung nicht. Derzeit ist eine Motion im Kantonsrat hängig, die ein etwaiges Mitspracherecht erlauben könnte. Der Ausgang muss jedoch abgewartet werden.*

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Guido Bergmaier (SVP):** Ein Kind am Ende der Primarschule ist kaum fähig, Mitwirkungsinstrumente zur aktiven Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alltag zu verstehen und einzusetzen. Auch sollte man die Jugendlichen nicht dazu animieren, sich Utopien hinzugeben und vergeblich Unterschriften für Initiativen zu sammeln, die dann nicht umgesetzt werden können. Damit würden sie sich nur enttäuscht von der Politik abwenden.*

***Fabienne Vocat (Grüne):** Wir finden den Vorstoss sinnvoll, finden es aber nach wie vor bedauerlich, dass es in Zürich kein Jugendparlament gibt.*

***Linda Bär (SP)** beantragt Umwandlung in ein Postulat: Wir unterstützen die Auswirkung der demokratischen Mitbestimmung auf Kinder und Jugendliche. Die Motion fördert ihr Demokratieverständnis und ihr Verantwortungsbewusstsein. Zusätzlich gewährleistet sie eine langfristige Partizipationsbereitschaft der Jugendlichen für die Gesellschaft. Nichtsdestotrotz teilt die Mehrheit der SP-Fraktion die rechtlichen Bedenken und spricht sich deshalb für ein Postulat aus.*

2 / 2

**Martin Bürki (FDP):** Wir folgen dem Ablehnungsantrag des Stadtrats und möchten auch den Entscheid des Kantonsrats abwarten.

**Dr. Martin Mächler (EVP):** In Uster wurde eine solche Initiative bereits vor über einem Jahr umgesetzt. Dies in Absprache mit dem Gemeindeamt des Kantons Zürich. Laut der Behörde widerspreche ein solches Vorhaben nicht dem Paragraphen, den der Stadtrat Zürich als Ablehnungsgrund zitiert.

**Karin Weyermann (CVP):** Wir sind ebenfalls der Meinung, dass die Jugend gefördert und für Politik sensibilisiert werden soll. Wir würden sowohl Motion, wie auch Postulat unterstützen.

**Mauro Tuena (SVP):** Die Klausel der Nationalitätsunabhängigkeit im Motionstext, würde nichts anderes erlauben, als dass Eltern über ihre Kinder am politischen Geschehen mitbestimmen können. Dies hat mit unserem System nichts mehr zu tun.

**Matthias Wiesmann (GLP):** Der Kantonsrat hat bereits über die Motion entschieden und diese abgelehnt. Darin ging es aber nicht um die rechtliche Grundlage, sondern um die Einführung auf Kantonsebene. Dies mit der Begründung, dass die Einbindung der Jugendlichen in politische Prozesse mehr auf kommunaler Ebene stattfinden müsse.

**Dr. Davy Graf (SP):** Es gibt sehr viele Kantone in der Romandie, die auf kommunaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht von niedergelassenen Ausländern kennen. Demokratisierung muss auf allen Ebenen stattfinden.

**Isabel Garcia (GLP)** ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Demokratie ist eine Staatsform, die vom Mitmachen, Mitreden und Mitentscheiden lebt. Das ist wichtig für das Zusammenleben.

Mauro Tuena (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2014/82 (statt Motion GR Nr. 2013/151, Umwandlung) wird mit 76 gegen 32 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat